

Nach Amoklauf in Florida entflammt die Debatte über Waffenkontrolle erneut, und *Black Panther* erregt Aufsehen

Zusammenfassung der U.S. Berichterstattung vom 19. bis zum 26. Februar 2018

(ss) In dieser Woche berichteten die U.S.-Zeitungen wieder über einige aufsehenerregende Ereignisse. Vor allem ein Thema dominierte die Schlagzeilen: Nach dem Amoklauf in Florida wurden erneut Rufe nach restriktiveren Waffengesetzen laut, denen sich vor allem Donald Trump stellen muss. Ebenfalls wird nun dem Federal Bureau of Investigation von der Öffentlichkeit vorgeworfen, wichtigen Hinweisen auf den Täter, welche schon vor über einem Monat eingingen, nicht nachgegangen zu sein. Weiterhin zog der neue Action-Blockbuster *Black Panther* viel Aufsehen auf sich.

In der letzten Woche ereignete sich eine Schießerei an einer High School in Florida, verübt von einem 19-jährigen Attentäter. Die Tragödie, bei welcher siebzehn Menschen ihr Leben verloren, fachte die Debatte über schärfere Waffengesetze in den USA erneut an. Wie die *Washington Post* berichtet, forderte Donald Trump nach der Tat die Bewaffnung von Lehrern mit Handfeuerwaffen, um Schüler in Zukunft besser vor potentiellen Gefahren schützen zu können. Weiterhin gab der Präsident auf Twitter bekannt, für im Umgang mit Waffen geschulte Lehrer jährlich finanzielle Boni zu vergeben, um so seine Agenda voranzubringen. Für diese Vorschläge erntete Trump vor allem von vielen Lehrern selbst Kritik. Die *Huffington Post* berichtet über die Internet-Kampagne #ArmMeWith, bei der Lehrer in den USA auf der Bilderplattform Instagram Verbesserungen der Bildungs- und Förderungsmittel sowie mehr Beratungsstellen für Schüler mit Problemen an Schulen fordern. Was wirklich gebraucht werde seien „Bücher und Schultensilien, sowie Zeit und Ressourcen“, denn eine Bewaffnung von Lehrern würde die Probleme nicht lösen. Ob diese Maßnahme aber tatsächlich durchgesetzt wird oder nur eine weitere Wunschvorstellung Trumps bleiben wird, bleibt abzuwarten.

Trotz dieser Proteste kündigte laut der *New York Times* Floridas Gouverneur Richard

Lynn Scott am Freitag an, dass bis Herbst 2018 das Mindestalter für Waffenkäufe in seinem Staat auf 21 Jahre erhöht und jeder Schule ein ausgebildeter Polizeibeamter zugeteilt werden soll. Der Bundesstaat Florida, welcher sehr liberale Gesetze bezüglich Schusswaffen hat, verlangte bisher keine Hintergrundüberprüfungen. Hätten die Behörden in Florida vorher zum späteren Amokläufer Kontakt aufgenommen, hätte dieser noch nicht einmal angeben müssen, ob und wie viele Waffen sich in seinem Besitz befänden. Die Gesetzesänderung wäre die erste Maßnahme seit 1999, die in dem Ostküstenstaat bezüglich Waffenkontrolle eingeführt würde. Die *New York Times* merkt dennoch an, dass eine Änderung der Regelungen kein leichtes Unterfangen wäre, denn die Waffenlobby des Staates ist groß. Auch gibt es keine Garantie für mehrheitlichen Zuspruch in der Bevölkerung, da in Florida „fast zwei Millionen Menschen die Erlaubnis besitzen, Waffen verdeckt tragen zu dürfen, eine weit höhere Zahl als in anderen Bundesstaaten.“ Ob sich der Gouverneur mit seinen Forderungen letztlich durchsetzen wird, ist zu diesem Zeitpunkt daher nicht eindeutig zu sagen.

Nach dem Massaker wurde ebenfalls bekannt, dass das FBI einem Hinweis auf den späteren Täter nicht nachgegangen war, mit welchem sich eine Frau schon Anfang Januar telefonisch an die Beamten gewandt hatte. „Ich weiß, dass er explodieren wird“, teilte die anonyme Anruferin der Sicherheitsbehörde mit. Die *New York Times* berichtet, dass der Täter schon im September vergangenen Jahres in einem Kommentar auf der Videoplattform YouTube ankündigte, irgendwann ein Massaker an einer Schule begehen zu wollen. Trotz dieser Warnungen ergriff das FBI keine direkten Maßnahmen oder leitete eine Ermittlung ein, eine fatale Untätigkeit, die viel öffentliche Kritik nach sich zog.

Neben all den Schlagzeilen aus der nationalen Politik ist eine kulturelle Debatte zu vermischen. Der am 15. Februar erschienene Action-Film *Black Panther* aus dem Studio Marvel setzte laut der *Huffington Post* innerhalb einer Woche 242 Millionen U.S.-Dollar an den Kinokassen der USA um, was dem Film den fünfthöchsten Umsatz während der Eröffnungswoche in der gesamten U.S.-Kinogeschichte bescherte. Der Erfolg ist nicht unbegründet: Das Filmgenre des „Afrofuturismus“, eine Neuinterpretation von moderner Science-Fiction und traditionellen afrikanischen Kulturelementen, sowie die Visionen der afroamerikanischen Drehbuchautoren des Films werden von der *Washington Post* als „berauschend, bahnbrechend und das Warten wert“ bezeichnet. Der Ort der Handlung, das fiktionale afrikanische Land Wakanda, wird ebenfalls als „unergründliche Science-Fiction-Schönheit“ gesehen. Doch neben all dem Lob sorgte der Film auch für einige Kontroverse. Die *Huffington Post* nennt hierbei einige Falschmeldungen, bei denen auf sozialen Medien berichtet wurde, dass bei Kinovorstellungen weiße Zuschauer von afroamerikanischen

Besuchern körperlich attackiert wurden. Weiterhin berichtet die *Washington Post*, dass eine Frau bei einer Filmvorstellung lautstark rassistische Verunglimpfungen geäußert habe. Diese Einzelfälle werden zwar von der überwältigenden Menge an positiven Berichten über den Film überschattet, reflektieren aber dennoch die anhaltenden Spannungen zwischen den Bevölkerungsgruppen in den USA.

Quellen:

<https://www.nytimes.com/>

<https://www.washingtonpost.com/>

<https://www.huffingtonpost.com/?country=US>